

Haushaltsrede des stv. Fraktionsvorsitzenden Dieter Reichwald der Linksfraktion im Kreistag Unna in der Sitzung des Kreistages vom 11.12.2012

-Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Landrat, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste,

zu Beginn möchte ich der Verwaltung für ihre sehr gute Arbeit im vergangenen Jahr danken und bitte die anwesenden Verwaltungsmitarbeiter, diesen Dank an ihre zahlreichen Kolleginnen und Kollegen weiterzugeben.

Unser Lob und Dank gilt im Rahmen unserer Haushaltsberatungen auch speziell den Mitarbeitern der Kämmerei, die den Haushaltsentwurf erstellt haben, und den vielen Verwaltungsmitarbeitern, die der Kämmerei hierfür umfangreich gearbeitet haben.

Dieser Kreishaushalt ist auch nach der jetzt vorgenommenen leichten Senkung des Hebesatzes auf nunmehr 47,5 v.H. hart auf Kante genäht.

Es darf absolut nichts Unvorhergesehenes geschehen. Da denke ich z. Bsp. nur an eine massive Steigerung der Kosten der Unterkunft. Diese liegt im Bereich des Wahrscheinlichen, wenn wir uns die jetzt schon wieder anwachsenden Fallzahlen an Langzeitarbeitslosen und Aufstockern anschauen.

Die Linksfraktion nimmt die Einwendungen der drei Stärkungspaktkommunen Bönen, Schwerte und Selm ernst. Nicht ernst nehmen kann man den Presseartikel der Selmer SPD-Ratsfraktion und des SPD-Stadtverbandes, ich zitiere einen Auszug:

Die SPD Selm fordert deshalb von der Kreispolitik, dass sie sich gemeinsam verpflichten, einen Konsolidierungsplan für die kommenden 10 Jahre aufzustellen. Dieses geht auch aus den Schreiben der Bürgermeister hervor. „Auch sehr sinnvolle Investitionen des Kreises in gemeindliche Infrastrukturen werden künftig nur dann weiter möglich sein, wenn der Kreis sich von Politikideen und von Ansprüchen an die Verwaltungsausstattung trennt und sich auf das Wesentliche beschränkt. Die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Selm haben für die geplanten Maßnahmen im Kreis keinerlei Verständnis. Wir fordern einen klaren Sparkurs und einen Maßnahmenplan seitens des Kreises zur Haushaltskonsolidierung. Was für die Städte gilt, muss auch für den Kreis gelten. Die Mitglieder des Kreistages sollten endlich erkennen, dass sie im Sinne der Bürger und nicht weiter wie bisher auf Kosten der Kommunen Politik betreiben“, stellt Stefan Kühnhenrich (Stadtverbandsvorsitzender) abschließend fest.“

Zitat Ende.

Gerade der letzte Satz ist gelinde gesagt, eine bodenlose Unverschämtheit.

Sehr geehrte Genossinnen und Genossen von der SPD, von Ihnen hätten wir erwartet, dass Sie auf diese Unverschämtheit in gleicher Weise, nämlich öffentlich, reagiert hätten.

Aber unserer Meinung nach ist der Kreis sowieso der falsche Adressat für die Schreiben der Bürgermeister, als auch des Pamphlets der Selmer SPD.

Wir alle wissen, dass der Kreis durch die Haushaltskonsolidierungen der letzten Jahre ca. 10 Mio. € eingekürzt, hat.

Das Eigenkapital des Kreises ist mit 0,7% der Bilanzsumme wenig mehr als null.

Die richtigen Adressaten wären das Land und der Bund gewesen. Wir wissen doch alle von den immer wieder übertragenen neuer Aufgaben ohne ausreichende Finanzmittel und wir wissen alle von der Politik der Steuergeschenke an Reiche und an große Konzerne.

So gab es auf Bundesebene zwischen 1998 und heute über 60 steuerpolitische Entscheidungen zu Lasten der Kommunen.

Dafür verantwortlich sind CDU, FDP, SPD und Grüne, die hunderte Milliarden für Banken mobilisieren, die kommunale Familie jedoch im Regen stehen lässt.

Und deshalb liegt es, wie schon immer von uns klargestellt, an der Unterfinanzierung der kommunalen Familie.

Ein Hauptgrund für die strukturelle Unterfinanzierung ist auch der seit Jahren ungebremste Anstieg der sozialen Leistungen beim Landschaftsverband und bei uns. So hat der Landschaftsverband angekündigt, seine Umlage erhöhen zu müssen, weil er gegen die langfristig wirkende demographische und der medizinischen Entwicklung geschuldeten Fallzahlentwicklung nichts entgegenzusetzen hat. Für den Kreis Unna bedeutet diese geplante 0,3%ige Erhöhung der Landschaftsumlage ca. 3,2Mio. €

Die Anzahl der Menschen mit Behinderung, ob sie Wohnhilfen beanspruchen oder in Behindertenwerkstätten arbeiten, werden mehr und älter und sind immer stärker auf Pflegeleistungen angewiesen. Und die finanziellen Folgen aus all diesen Lebensrisiken, und morgen am Tag kann es jeden von uns treffen, haben kurioserweise die Kommunen und nicht die Versicherungsträger zu schultern.

Die Zuwachsraten des Landschaftsverbandes im Aufwandsbereich können durch Steuerzuwächse schon lange nicht mehr ausgeglichen werden. Das heißt nichts anderes, als dass der Landschaftsverband auch in den kommenden Jahren seine Umlage erhöhen wird.

Und was für den Landschaftsverband gilt, gilt 1:1 für den Kreis Unna.

So sind zum Beispiel die Entlastungen des Bundes für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung im Kreishaushalt verpufft, weil die vom Kreis zu zahlende Landschaftsumlage sowie die in seinem Zuständigkeitsbereich zu erbringenden sozialen Leistungen ebenfalls überproportional stark angestiegen sind. Von den uns zugesagten Entlastungen des Bundes verbleibt bei uns im Kreis Unna kein einziger Euro – im Gegenteil.

Wehren können wir uns gegen die Pflichtausgaben im Sozialbereich nicht.

Schlussendlich bereitet uns der kommunale Finanzausgleich große Sorgen. Und der ist Aufgabe des Landes. Die Sicherstellung einer aufgabenangemessenen Finanzausstattung ist eine zentrale Aufgabe des kommunalen Finanzausgleichs.

Über den kommunalen Finanzausgleich erfolgt eine gigantische Umverteilung von Mitteln in den kreisfreien Bereich. In dem Zeitraum von 13 Jahren sind die durchschnittlichen Schlüsselzuweisungen pro Einwohner bei den kreisfreien Städten um 48,7% gestiegen. Im gleichen Zeitraum stiegen die Zuweisungen im kreisangehörigen Bereich um bescheidene 3,5%.

Es ist eine deutliche Forderung an die Landesregierung zu richten, die Umverteilung der Mittel vom kreisangehörigen in den kreisfreien Bereich zu stoppen und wieder zurückzuführen.

Von daher fordern wir die 3 Kreistagsabgeordnete, die gleichzeitig auch Landtagsabgeordnete der die Landesregierung stellenden Parteien von Rot-Grün sind, auf, sich in der Regierungskoalition endlich für den kreisangehörigen Raum einzusetzen.

Wir werden dies genauestens beobachten.

Tatsache ist auch, dass eine aufgabengerechte Finanzausstattung in den strukturschwachen Kreisen, und der Kreis Unna gehört dazu, schon längst nicht mehr gewährleistet ist.

Dieser Fakt spiegelt sich zum Beispiel in den dringend zu reformierenden Kreisschlüsselzuweisungen wieder.

Es kann doch nicht wahr sein, dass der nicht zu den strukturschwachen Regionen zählende Kreis Steinfurt im Jahr 2012 bei einem Kreisumlagehebesatz von 34,1 v.H. Schlüsselzuweisungen von 131,12 € je Einwohner und der strukturschwache Kreis Unna bei einem Hebesatz von 47,58 v.H. nur ca. 61,00 € je Einwohner erhält.

Das ist weniger als die Hälfte!

Diese Ungleichbehandlung setzt sich weiter fort und muss schnellstmöglich geklärt und abgestellt werden.

Auch hier sind unsere 3 rot-grüne Landtagsabgeordneten gefordert.

Bekäme der Kreis Unna den gleichen Satz wie Steinfurt, würde dies Mehreinnahmen von ca. 29 Mio. € bedeuten. Uns und vor allem unseren kreisangehörigen Kommunen würde es deutlich besser gehen.

Die Bürgerinnen und Bürger in den strukturschwachen Regionen und dazu gehören nun mal auch die Bürgerinnen und Bürger im Kreis Unna, spüren, dass sie zum Beispiel höhere Kindergartenbeiträge oder Grundsteuern zu entrichten haben, während andernorts die kostenlose Tagesstätte oder Steuersenkungen propagiert werden.

Damit schwindet die Chancengleichheit, und eine Gerechtigkeitslücke entsteht.

Das können wir als Linke so nicht hinnehmen!!!

Wir als Linksfraktion werden die politischen Schwerpunktsetzungen unterstützen, die für den Kreis Unna lauten:

1. Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit aller Kraft – denn wir müssen dafür sorgen, dass niemand dauerhaft abgehängt wird
2. gute Bildung und Investitionen in die Köpfe unserer Kinder
3. der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen
4. hervorragende Beratungs- sowie Hilfsangebote für die hier lebenden Menschen und
5. eine gut aufgestellte öffentliche Daseinsvorsorge

Diese, unsere Schwerpunkte finden wir größtenteils im vorliegenden Haushaltsplan.

Deshalb stimmt die Linksfraktion diesem Haushalt zu.

Ihnen allen, aber besonders Michael Makiolla, der sich auf dem Wege der Genesung befindet, wünschen wir frohe Festtage und ein an Ihren Wünschen ausgerichtetes Jahr 2012.

Glück auf!

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit